

1 **Rechtsextremismus**

2 Die Verbreitung rechtsextremer Vorstellungen ist keineswegs
3 mehr auf den Rand der Gesellschaft beschränkt.

4 Rechtsextreme Einstellungsmuster über die Ungleichheit der
5 Menschen, über die Unterlegenheit der Demokratie, über die
6 Zerstörung der deutschen (und europäischen Kultur) durch zu
7 viele Zuwanderer reichen heute bis weit in die Mitte der
8 Gesellschaft. In Deutschland existieren unterschiedliche
9 rechtsextremistische Gruppierungen, Parteien und politische
10 Strömungen. Sie verbindet ein ausgeprägter Rassismus, der
11 die angeborenen oder kulturell erworbenen Unterschiede der
12 Menschen absolut setzt und höher oder niedriger, besser
13 oder schlechter wertet. Sie wollen damit Vorrechte für die
14 einen und diskriminierende geringere Rechte für die andern
15 Menschen, Staaten, Länder, Regionen, Geschlechter
16 erreichen. Antisemitismus spielt eine große Rolle. Für die
17 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) z.B. ganz
18 traditionell zur Begründung ihres „Antikapitalismus“, bei der
19 Deutschen Volksunion (DVU) dient er der Verharmlosung
20 nationalsozialistischer Verbrechen und damit gleichzeitig zur
21 Aufwertung des Nationalsozialismus. Demokratie,
22 Menschenrechte und Gleichheit aller Menschen lehnen sie ab

23 und es gilt die alte völkisch-nationalistische Parole
24 „Deutschland über alles“. Viele der Gruppen oder Parteien
25 verharmlosen die Verbrechen des Naziregimes und knüpfen
26 direkt an nationalsozialistischer Ideologie und Politik an.

27 Die extreme Rechte in Deutschland befindet sich im Aufwind
28 und hat sich in einigen Regionen auch kommunal verankern
29 können, wie beispielsweise proNRW oder proKöln. Nicht erst
30 mit den Wahlerfolgen von NPD und DVU in Brandenburg,
31 Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird klar, welche
32 Gefahr von der extremen Rechten ausgeht: Seit Jahren
33 steigen die Straf- und Gewalttaten von rechts an, werden
34 Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer sexuellen oder
35 politischen Orientierung oder ihrer sozialen Lage zu Opfern
36 rechtsextremer Gewalt. In einzelnen Regionen des Landes
37 dominieren die extremen Rechten Jugendkultur- und
38 Musikszene.

39 Parteien wie die NPD, proNRW und proKöln versuchen die
40 wachsende soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft für
41 sich zu nutzen und haben sich die soziale Frage auf ihre
42 Fahnen geschrieben. Aber ihre Lösungsangebote sind völkisch
43 und rassistisch und richten sich gegen Minderheiten und
44 schwächere Bevölkerungsgruppen. Das bedeutet aber nicht,

45 dass rechtsextremistische Parteien Zulauf nur von sozial
46 Schwachen am Rande der Gesellschaft erhalten. Eine
47 besondere Gefahr für eine demokratische Gesellschaft sehen
48 wir darin, dass auch in der politischen Mitte der Gesellschaft
49 demokratische Grundsätze ausgehöhlt, lächerlich gemacht
50 und zur Illusion erklärt werden. Der Aufschwung
51 rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer
52 Ideen dürfen nicht verharmlost oder gar als verständliche
53 Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt
54 werden.

55

56 Rechtsextreme Gewalt muss von allen demokratischen
57 Parteien konsequent geächtet und staatlich verfolgt und
58 geahndet werden. Eine unabhängige Beobachtungsstelle
59 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus muss
60 eingerichtet werden, um die Beobachtung von NPD und
61 Nazistrukturen nicht dem Verfassungsschutz zu überlassen.
62 Vorhandene öffentliche Projekte und Initiativen arbeiten hier
63 sehr viel effektiver und leisten mit ihrer mobilen Beratung
64 unverzichtbare Arbeit zur Auseinandersetzung mit
65 rechtsextremistischen Gruppen und Ideen.

66 Sie unterstützen praktisch als einzige die Opfer
67 rechtsextremistischer Gewalt. Solche Projekte und Initiativen
68 müssen langfristig finanziell gesichert und ausgebaut werden.
69 Rechtsextreme Ideen und Politik sind mit Strafverfahren,
70 Organisationsverboten, Schutz der Opfer und Aufklärung über
71 ihre Verbreitung zu bekämpfen. Aber nicht nur das. Auch die
72 Förderung von Bildungsarbeit, die sich mit
73 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als
74 Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft befassen soll
75 verstärkt werden. Politikerinnen und Politiker auf allen
76 Ebenen müssen zur Auseinandersetzung mit
77 Rechtsextremismus befähigt werden. Und schließlich sollen
78 auch die Themen Rechtsextremismus, Demokratiefeindschaft
79 in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen
80 verankert werden, um im schulischen Bereich besser zu
81 diesen Themen arbeiten zu können.

82 Wir dürfen einer NPD, proNRW, proKöln keine Chance geben
83 des Aufwinds geben.

84 DIE LINKE sagt NEIN zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
85 DIE LINKE setzt sich insbesondere für Migration und
86 Integration sowohl im Bund, in den Ländern, Kreisen und
87 Kommunen ein.